

## Der rassistische Albatros. Die Sozialwissenschaften, Jörg Haider und der Widerstand<sup>1</sup>

Gott schütze dich, alter Seefahrer,  
Was war es, das da dich verdroß?  
Was raubt dir das Heil? – Mit meinem Pfeil  
Schoß ich den Albatros.

*Samuel Taylor Coleridge<sup>2</sup>*

In Coleridges Gedicht kommt ein Schiff vom Kurs ab und wird vom Wind in unwirtliche Gewässer getrieben. Der einzige Trost der Seeleute ist ein Albatros, mit dem sie ihre Nahrung teilen. Coleridges alter Seefahrer aber erlegt den Albatros, aus welchem Grund auch immer – vielleicht aus reiner Arroganz. Unter den Folgen haben alle auf dem Schiff zu leiden, denn die Götter bestrafen diese Schandtat. Die anderen Seeleute hängen dem alten Seefahrer den Albatros um den Hals. So wird aus dem Symbol der Freundschaft ein Symbol von Schuld und Schande. Den alten Seefahrer, der als Einziger die Fahrt überlebt, verfolgt seine Tat bis ans Ende seiner Tage. Der lebende Albatros ist der Andere, der in fernen, fremden Landen offen auf uns zukommt. Der tote Albatros, der uns um den Hals hängt, ist unser arrogantes, rassistisches Erbe. Dieses Erbe verfolgt uns und lässt uns nicht zur Ruhe kommen.

Vor über einem Jahr wurde ich nach Wien eingeladen, um im Rahmen der Vortragsreihe *Von der Notwendigkeit des Überflüssigen – Sozialwissenschaften und Gesellschaft* über »Die Sozialwissenschaften in Zeiten des Wandels« zu sprechen. Erfreut sagte ich zu, glaubte ich doch, in das Wien zu kommen, das besonders zur Zeit von »Traum und Wirklichkeit« (1870-1930) eine weltweit überragende Rolle in der Geschichte der Sozialwissenschaften gespielt hatte. Wien war schließlich die Heimat Sigmund Freuds, den ich für den bedeutendsten Vertreter der Sozialwissenschaften im 20. Jahrhundert halte. Jedenfalls war Wien so lange seine Heimat, bis die Nazis ihn in seinem letzten Lebensjahr zur Flucht nach London zwangen. Auch für Joseph Alois Schumpeter und Karl Polanyi war Wien während eines bedeutenden Lebensabschnitts Heimat. Diese beiden politisch so konträren Persönlichkeiten waren in meinen Augen die wichtigsten politischen Ökonomen des zwanzigsten Jahrhunderts, auch wenn ihnen die gebührende Anerkennung versagt blieb. Und

schließlich war Wien auch die Heimat meines eigenen Lehrers, Paul Lazarsfeld, der – beginnend mit der Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal*, die er gemeinsam mit Marie Jahoda und Hans Zeisel durchgeführt hatte – einen gestaltungsorientierten Forschungsansatz mit bahnbrechender Methodik zu verbinden wusste. Das war das Wien, in das ich zu fahren glaubte.

Und dann kam bekanntlich eine österreichische Wahl und in weiterer Folge die alles andere als unvermeidbare Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Die Reaktion der anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) auf diesen Regierungswechsel fiel sehr scharf aus: Sie legte die bilateralen Beziehungen zu Österreich auf Eis. Ich musste mir überlegen, ob ich trotzdem nach Wien kommen sollte, und ich war unschlüssig. Dass ich dann doch kam, hatte zweierlei Gründe. Zum einen wollte ich meine Solidarität mit dem »anderen Österreich« ausdrücken, das sich seit dem Amtsantritt der neuen Regierung so unübersehbar manifestierte. Zum anderen aber, und dieser Grund wog noch schwerer, kam ich nach Wien, um mich meiner Verantwortung als Sozialwissenschaftler zu stellen. Wir alle haben den Albatros auf dem Gewissen, uns allen hängt er um den Hals. Und wir alle müssen uns mit Herz und Verstand um Wiedergutmachung und Wiederaufbau bemühen und um ein neues historisches System, das den Rassismus überwinden kann, an dem die heutige Welt so schwer zu tragen hat. Ich änderte also den Titel meines Vortrags. Er lautete nun: »Der rassistische Albatros: Die Sozialwissenschaften, Jörg Haider und der Widerstand«.

In meiner Analyse möchte ich mich nicht mit der FPÖ als Partei und dem, wofür sie steht, beschäftigen, sondern vielmehr mit der scharfen Reaktion der EU auf ihre Regierungsbeteiligung, mit der österreichischen Gegenreaktion und mit dem Widerstand. Reaktion wie Gegenreaktion sind nur zu verstehen, wenn wir den Schwerpunkt unserer Analyse von Österreich selbst auf das gesamte Weltsystem verlagern, auf die Realitäten dieses Systems und auch darauf, was die Sozialwissenschaftler/innen über diese Realitäten sagen. Ich möchte daher diesen größeren Kontext aus vier verschiedenen zeitlichen Perspektiven beleuchten, nämlich aus der Perspektive des modernen Weltsystems seit 1989, seit 1945, seit 1492 und nach 2000. Diese Daten sind natürlich symbolischer Natur, aber Symbole sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig, denn sie erleichtern es, sowohl die Tatsachen selbst als auch deren Wahrnehmung zu behandeln. Ich hoffe, damit einerseits meine Solidarität mit dem österreichischen Widerstand auszudrücken und andererseits meine eigene moralische wie intellektuelle Verantwortung als Sozialwissenschaftler wahrzunehmen.

## Das Weltsystem seit 1989

1989 brach der so genannte Ostblock in sich zusammen. Die Staaten Ostmitteleuropas, die bis dahin mit Hilfe der Breschnew-Doktrin (und erst recht durch das Abkommen von Jalta) in Schach gehalten worden waren, erklärten ihre politische Un-

abhängigkeit von der Sowjetunion und gingen sodann dazu über, ihr jeweiliges leninistisches Staatssystem zu zerschlagen. Innerhalb von zwei Jahren löste sich auch die Kommunistische Partei der Sowjetunion auf und die UdSSR zerfiel in ihre 15 ehemaligen Teilrepubliken. Die Geschichte der kommunistischen Staaten in Ostasien und auf Kuba verlief zwar anders, aber das änderte wenig an den geopolitischen Auswirkungen der Ereignisse in Osteuropa auf das Weltssystem.

Seit 1989 schenkt die Weltöffentlichkeit diesen ehemaligen kommunistischen Staaten große Aufmerksamkeit. Auf zahllosen Tagungen befassen sich die Sozialwissenschaftler/innen mit den Veränderungen in den so genannten Reformstaaten, den *countries in transition*, sodass man sogar schon von *transitology* spricht. Und auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien sowie in den Kaukasus-Republiken der ehemaligen Sowjetunion sind brutale Bürgerkriege ausgebrochen, in einigen Fällen unter Beteiligung außenstehender Mächte. Viele Sozialwissenschaftler/innen haben diese Gewalttätigkeiten unter dem Titel »ethnische Säuberungen« analysiert, die angeblich ein Auswuchs lang anhaltender Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Volksgruppen sind. Sogar in Ländern, denen größere gewalttätige Auseinandersetzungen erspart blieben, wie der Tschechischen Republik, Ungarn und den baltischen Staaten, gab es unerfreuliche Anzeichen wieder erwachender ethnischer Spannungen. Ähnliche Bürgerkriege, ob schwelend oder voll zum Ausbruch kommend, gab es gleichzeitig auch in vielen Teilen Afrikas und in Indonesien, um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen. In der paneuropäischen Welt (damit meine ich Westeuropa plus Nordamerika und Australasien, nicht aber Ostmitteleuropa) konzentriert sich die Analyse dieser Bürgerkriege auf die Schwäche der Zivilgesellschaft und die historisch eher untergeordnete Rolle der Menschenrechte in diesen Ländern. Beim Studium der westeuropäischen Presse sticht ins Auge, wie sehr die ehemaligen kommunistischen Gebiete in der nun so genannten postkommunistischen Welt als »Problemfall« behandelt werden. Als das »Problem« wird das Fehlen jener höheren Stufe von Modernität definiert, welche die paneuropäische Welt angeblich erreicht hat.

Nicht minder auffällig ist, wie wenig Augenmerk die Presse, die Politik und insbesondere die Sozialwissenschaften auf die Veränderungen richten, welche die paneuropäische Welt selbst seit 1989 erlebt. Eine Politik, die ihr nationales Selbstverständnis aus ihrer Rolle im »Kalten Krieg« gewonnen hatte, war plötzlich damit konfrontiert, dass die Strukturen, die sie über 40 Jahre hindurch kultiviert hatte, plötzlich sinnlos erschienen – in den Augen der Wähler/innen wie auch der Politiker/innen. Wozu noch das um die permanente Mehrheit der *Democrazia Cristiana* errichtete System der *pentapartiti* (samt *tangentopoli*) in Italien aufrecht erhalten, wenn es keinen Kalten Krieg mehr gibt? Was sollte eine gaullistische Partei in Frankreich oder auch die Christlich-Demokratische Union in Deutschland jetzt noch zusammenhalten? Warum sollte sich die Republikanische Partei in den Vereinigten Staaten noch den Zwängen einer »bilateralen Außenpolitik« unterwerfen? Und das Resultat dieser Selbstzweifel? Die großen konservativen Parteien der pan-

europäischen Welt sind im Zerfallen begriffen, zerrissen zwischen zwei neuen Extremen – einerseits dem Wirtschaftsliberalismus und andererseits einem eher gesellschaftlich orientierten Konservativismus, sei es nun jene Spielart, die vom Staat Abhilfe gegen den ›Sittenverfall‹ in der Bevölkerung erwartet, oder jene, die sich weiterhin in paternalistischer Fürsorglichkeit des sozialen Netzes annehmen will. Diese Fraktionen bekämpfen einander vor den Augen ihrer Anhängerschaft, die ihrerseits bei all dem Aufruhr ernsthaft um ihre gesellschaftliche Stellung und um ihr Einkommen bangt.

Und wie steht es mit den Mitte-links-Parteien, die sich in der Mehrheit sozialdemokratisch nennen? Auch sie sind in Schwierigkeiten. Der Zusammenbruch der Kommunismen war ja eigentlich nur der Höhepunkt einer wachsenden Ernüchterung gegenüber der Alten Linken in allen ihren Hauptvarianten – kommunistische Parteien, sozialdemokratische Parteien und nationale Befreiungsbewegungen – einer Ernüchterung, die sich in der Revolution des Jahres 1968 so dramatisch angekündigt hatte. Diese Desillusionierung war, was gar nicht so paradox ist, eine direkte Folge des politischen Erfolgs dieser Parteien und Bewegungen, die sich einstellte, nachdem sie in verschiedensten Teilen der Welt an die Macht gekommen waren. Denn hatten sie erst einmal die Macht im Staat, erwiesen sie sich als unfähig, ihr Versprechen einzulösen, eine neue Gesellschaft zu errichten mit mehr Gleichheit und Demokratie.

In Westeuropa traf man die Alte Linke hauptsächlich in der Gestalt der Sozialdemokratie an. Und die erlebte seit 1968 und dann besonders seit 1989 immer wieder, dass sie zwar durchaus noch gewählt wird (als geringeres Übel sozusagen), dass aber niemand mehr in den Straßen tanzt, wenn sie gewinnt. Niemand traut ihr mehr eine Revolution zu, nicht einmal eine friedliche. Und am größten ist die Ernüchterung bei der Parteiführung selbst, der nichts anderes übrig bleibt als die Sprache der Mitte zu sprechen. Hand in Hand mit der Ernüchterung über die Parteien der Alten Linken kam es aber auch zu einer Absetzbewegung von den staatlichen Strukturen selbst. Früher waren die Staaten von ihren Bürgern geduldet, ja sogar als mögliche Träger gesellschaftlichen Wandels geschätzt worden. Nun sah man sie immer mehr als Träger von Korruption und unnötiger Einflussnahme, immer weniger als Bollwerk denn als Bürde.

Nach dieser Skizze wird klar, dass der Fall Österreich nur ein weiterer Fall eines allgemeinen paneuropäischen Musters ist. Wozu die Große Koalition in postkommunistischer Zeit? Und wozu noch Parteien wählen, deren Hauptinteresse die Aufrechterhaltung des Proporz zu sein scheint? Vor diesem Hintergrund bekam die FPÖ am 3. Oktober 1999 ihre 26,9 Prozent. Zugegebenermaßen ist das der höchste Stimmenanteil, den eine Partei der extremen Rechten seit 1945 in Europa erreicht hat. 1995 kam Le Pens *Front National* (FN) in Frankreich auf 15,1 Prozent, und auch das war schon ein Schock. Aber damals verweigerten die beiden großen konservativen Parteien beharrlich jede Zusammenarbeit mit dem FN. Und als nach den Regionalwahlen von 1998 die konservativen Parteien in zahlreichen Regionen nur

mit Hilfe der Kandidat/inn/en des FN regierungsfähige Mehrheiten bilden konnten, widersetzten sich die Parteiführungen in fünf Regionen der Parteilinie und ließen sich bei der Bildung ihrer Regionalregierungen vom *Front National* unterstützen. Aber diese regionalen Parteiführer wurden umgehend aus den beiden großen konservativen Parteien, dem RPR und der UDF, ausgeschlossen. In Italien bildete Berlusconi allerdings sehr wohl eine Regierung mit der Unterstützung Finis und seiner *Aleanza Nazionale*, einer Partei ähnlich der Haider, allerdings mit dem feinen Unterschied, dass Fini sich vor der Wahl ausdrücklich von der neofaschistischen Vergangenheit seiner Partei distanziert hatte.

Aber warum, fragen Viele in Österreich, warum ist die Reaktion der EU-Staaten auf die Ereignisse in Österreich so scharf ausgefallen? Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: Gerade weil diese Länder nicht so anders sind als Österreich, fürchteten ihre Regierenden, dass auch sie sich in naher Zukunft vor ähnliche Entscheidungen gestellt sehen und möglicherweise in Versuchung geraten könnten, den Weg der ÖVP zu gehen. Es war die Angst der Regierenden vor sich selbst, welche die starken Reaktionen in der EU auslöste. Und die Erklärung für die österreichische Gegenreaktion liegt im österreichischen Unverständnis darüber, dass hier tatsächlich ein Tabu gebrochen worden war, das sich ganz Westeuropa auferlegt hatte, und das nicht erst 1999, sondern schon 1945. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich begrüße die Entscheidung der EU-Staaten, ihre bilateralen Beziehungen zu Österreich einzufrieren. Hätten sie das nicht getan, würden wir möglicherweise wirklich von einer ideologischen Welle überschwemmt werden, an der Westeuropa zerbrechen könnte. Aber ich meine auch, dass die Entscheidung der EU-Staaten von großer Scheinheiligkeit, oder besser gesagt, von großer Selbsttäuschung zeugt. Um die Gründe dafür zu verstehen, müssen wir weiter ausholen und das Weltssystem seit 1945 betrachten.

Zunächst möchte ich aber noch ein paar Worte zum Zustand der Sozialwissenschaften seit 1989 sagen. Ihr Zustand ist beklagenswert. Die Sozialwissenschaftler/innen reden – fast unabhängig von ihrer politischen Einstellung – von der Globalisierung, als wäre das mehr als ein flüchtiges Schlagwort in der fortdauernden Auseinandersetzung darüber, wie weit unbeschränkte grenzüberschreitende Handelsströme innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft zugelassen werden sollen. Diese Diskussion ist nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver. Dasselbe gilt für die Litanei von der ethnischen Gewalt, und dafür sind nicht nur die Sozialwissenschaftler/innen verantwortlich, sondern auch die Menschenrechtsaktivist/inn/en. Nicht dass ethnische Gewalt keine schreckliche und beängstigende Realität wäre, aber sie ist ganz entschieden nicht irgendwelchen Anderen vorbehalten, denen weniger Glück, Weisheit und Zivilisation beschieden ist als uns. Sie ist vielmehr eine ganz natürliche Folge der tiefgreifenden und wachsenden Ungleichheit in unserem Weltssystem, und man kann ihr weder durch moralisierende Ermahnungen beikommen noch durch ein Einschreiten der Guten und Fortschrittlichen bei den Schlechten und Rückständigen. Die Sozialwissenschaften haben für die Analyse der Entwicklungen

im Weltsystem seit 1989 keine geeigneten Instrumente zu bieten, und daher auch nicht für das Verständnis der aktuellen Lage in Österreich.

## Das Weltsystem seit 1945

1945 hatten die Gräueltaten des Nationalsozialismus ein Ende. Den Antisemitismus hatten aber weder Hitler noch die Deutschen erfunden. Er war vielmehr schon lange der wichtigste innere Ausdruck des tief sitzenden Rassismus der europäischen Welt und in seiner modernen Ausprägung schon seit mindestens einem Jahrhundert in Europa heimisch. Vergleicht man Paris und Berlin ab 1900 in dieser Hinsicht, so schneidet Berlin keineswegs schlechter ab. Aktiven Antisemitismus gab es überall, auch während des Zweiten Weltkriegs und nicht zuletzt in den USA.

Warum also die allgemeine Fassungslosigkeit über den Nationalsozialismus, zumindest nach 1945? Die Antwort liegt auf der Hand: wegen der ›Endlösung‹. Zwar waren vor 1945 fast alle in der paneuropäischen Welt offen und ungeniert rassistisch und antisemitisch gewesen, aber fast niemand hatte eine ›Endlösung‹ gewollt. Hitlers ›Endlösung‹ ging völlig am Sinn des Rassismus in der kapitalistischen Weltwirtschaft vorbei, denn Ziel des Rassismus ist nicht Ausgrenzung, und schon gar nicht Ausrottung. Er dient vielmehr dazu, die Menschen im System zu halten, aber eben als Untermenschen, die man wirtschaftlich ausbeuten und als politische Sündenböcke missbrauchen kann. Das, was unter nationalsozialistischer Herrschaft passierte, würde man auf Französisch *déravage* nennen: Da kam etwas ins Schleudern und war nicht mehr unter Kontrolle zu bekommen. Oder vielleicht war es auch der Geist, der aus der Flasche entwich.

Rassismus war erwünscht, aber er sollte nur bis an die Grenze zur ›Endlösung‹ gehen, nicht darüber hinaus. Das war immer schon eine Gratwanderung, und bestimmt hatte es auch schon früher Fälle von *déravage* gegeben – aber noch nie in diesem Ausmaß, noch nie an einem so zentralen Schauplatz des Weltsystems, und noch nie zuvor so sichtbar. Die Soldaten der Alliierten, die 1945 in die Konzentrationslager kamen, waren persönlich zutiefst erschüttert. Auf kollektiver Ebene bekam die paneuropäische Welt den Geist aus der Flasche wieder in den Griff, indem sie die öffentliche Äußerung rassistischer und insbesondere antisemitischer Gedankenguts mit Verboten belegte. Diese Sprache wurde zum Tabu.

Und die Sozialwissenschaftler/innen waren mit von der Partie. In den Jahren nach 1945 gingen sie daran, in zahlreichen Büchern die Aussagekraft des Begriffs ›Rasse‹ in Abrede zu stellen<sup>3</sup> und die Annahme als haltlos zu verwerfen, dass Unterschiede innerhalb gesellschaftlicher Gruppen auf angeborene, genetisch bedingte Eigenschaften zurückzuführen sein könnten. Der Holocaust wurde zum Schulgegenstand. Die Deutschen haben versucht, ihre eigene Schuld zu analysieren und so das Ausmaß ihrer Schande zu verringern – etwas widerstrebend zunächst, aber schließlich doch mit einer gewissen moralischen Courage. Seit 1989 tun es ihnen andere

Länder der paneuropäischen Welt – wohl ebenso widerstrebend – nach: Staaten des Alliierten Lagers wie Frankreich und die Niederlande haben begonnen, sich ihre eigene Schuld einzugestehen – daran, dass sie es zu dieser *déravage* hatten kommen lassen und dass zumindest manche ihrer Bürger/innen daran beteiligt waren. Einer der Gründe für die scharfe Reaktion der EU-Staaten auf Haider ist die Tatsache, dass sich Österreich als Staat weigert, seinen Anteil an dieser Schuld zu tragen und daran festhält, sich in erster Linie als Opfer darzustellen. Vielleicht war die Mehrheit der Österreicher/innen ja wirklich gegen den Anschluss, obwohl das angesichts der Wochenschauberichte von der jubelnden Menge in Wien nicht so leicht zu sagen ist. Aber weitaus schwerer wiegt doch die Tatsache, dass sämtliche Österreicher/innen, die weder Juden noch Sinti oder Roma waren, im Dritten Reich als Deutsche galten und dass die meisten von ihnen sich in dieser Gewissheit sonnten.

Die Erkenntnis, dass der Rassismus am Ende war, weil er viel zu weit gegangen war, löste in der paneuropäischen Welt nach 1945 zweierlei aus. Zum einen bemühten sich diese Staaten, ihre inneren Tugenden herauszustreichen, indem sie sich als integrativ und frei von jedem Makel rassistischer Unterdrückung präsentierten, als Länder der Freiheit, die dem »Reich des Bösen«, der Sowjetunion, gegenüber standen, deren Rassismus wiederum zum Dauerthema westlicher Propaganda wurde. Aus diesem Bemühen entsprangen verschiedenste sozio-politische Entwicklungen: das Urteil des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, welches das Verbot der Rassentrennung verfügte, die pro-israelische Politik der gesamten paneuropäischen Welt, und sogar die neue Betonung der Ökumene in der christlichen Welt (inklusive der Erfindung des gemeinsamen jüdisch-christlichen Erbes).

Zum anderen aber galt es, und das war nicht minder wichtig, den Rassismus – mit einigen kosmetischen Änderungen – wieder in seine ursprüngliche Funktion einzusetzen, nämlich die »Untermenschen« im System zu halten. Da man das nun mit den Juden nicht mehr machen konnte und auch nicht mit den Katholiken in den protestantischen Ländern, musste man sich eben anderswo umsehen. Die Zeit nach 1945 war, zumindest anfänglich, eine Zeit enormen Wirtschaftswachstums. Gleichzeitig erlebte die paneuropäische Welt demographische Verschiebungen in Richtung eines radikalen Geburtenrückgangs. Diese Welt brauchte mehr Arbeitskräfte und produzierte weniger davon als je zuvor. Und so begann die Ära der Gastarbeiter, wie sie auf Deutsch so delikats heißen.

Wer waren diese Gastarbeiter? Es waren Menschen aus den Mittelmeerländern im nicht-mediterranen Teil Europas, Menschen aus Lateinamerika und Asien in Nordamerika, Menschen aus Westindien in Nordamerika und Westeuropa, Menschen aus Schwarzafrika und Südasiens in Europa. Und seit 1989 auch Menschen aus dem ehemaligen Ostblock in Westeuropa. Alle diese Migrant/inn/en kamen in großer Zahl, weil sie kommen wollten und weil sie hier Arbeit fanden, ja sogar dringendst gebraucht wurden, um den paneuropäischen Ländern zu ihrer Wirtschaftsblüte zu verhelfen. Aber sie kamen beinahe ohne Ausnahme als Menschen am untersten Ende der Leiter – wirtschaftlich, sozial und politisch.

Als die Weltwirtschaft in den 1970er Jahren in ihre lange Abschwungphase eintrat und die Arbeitslosigkeit erstmals seit 1945 wieder stieg, kamen die Immigrant/inn/en als Sündenböcke sehr gelegen. Die Kräfte der extremen Rechten, seit 1945 marginalisiert und ohne jede Legitimität, erhielten plötzlich wieder Auftrieb, manchmal innerhalb der etablierten konservativen Parteien, manchmal in eigenen Strukturen (und im letzteren Fall ging das nicht nur auf Kosten der Konservativen, sondern auch auf Kosten der Arbeiterparteien der linken Mitte). Seit den 1990er Jahren spitzt sich diese Entwicklung aus den bereits erwähnten Gründen zu.

Die eingesessenen Parteien waren sich gar nicht sicher, wie mit dem Wiedererstarken mehr oder weniger offen rassistischer Parteien umzugehen sei. Es befahl sie panische Angst, dass der Geist wieder aus der Flasche entweichen und dem friedfertigen sozialen Klima in ihren Ländern ein Ende bereiten könnte. Manche vertraten die Ansicht, man könne den Kräften der extremen Rechten das Wasser abgraben, indem man sich ihre ausländerfeindlichen Positionen in leicht abgemilderter Form zu eigen mache. Andere wiederum waren der Meinung, diese Kräfte seien ein Virus, das es so schnell wie möglich zu isolieren gelte. Sie kennen diese Debatte, denn sie läuft ja gerade in Österreich.

Und wieder waren die Sozialwissenschaften nicht besonders hilfreich. Sie versuchten, das Nazi-Phänomen als Besonderheit der deutschen Geschichte zu analysieren anstatt zu erkennen, dass das gesamte Weltsystem schon lange mit dem Feuer spielte und es nur eine Frage der Zeit war, bis irgendwo der Funke übersprang. Die Sozialwissenschaftler/innen waren bestrebt, ihre eigene moralische Rechtschaffenheit zu verkünden und die paneuropäische Welt aufgrund ihrer angeblich nicht-rassistischen Rhetorik freizusprechen, obwohl der Rassismus Paneuropas nach 1945 genau so virulent war wie vor 1933 oder vor 1945. Es wurden lediglich andere Objekte des Hasses und der Angst eingesetzt. Diskutieren wir dieser Tage nicht über den so genannten »Kampf der Kulturen«, einen Begriff, den wir einem Sozialwissenschaftler zu verdanken haben?

Ja sogar die Verurteilung Österreichs durch die EU-Staaten, so sehr ich sie begrüße, riecht nach Rassismus. Denn was wird denn da behauptet? Eigentlich behaupten diese Staaten doch, Erscheinungen wie Haider seien außerhalb der paneuropäischen Welt durchaus möglich oder sogar normal, und zwar vielleicht sogar in nahe gelegenen Ländern wie Ungarn oder Slowenien. Im zivilisierten Europa aber sei ein Haider unzulässig, undenkbar. Wir Europäer müssten unsere moralische Überlegenheit beschützen, und dieses Unterfangen drohe an Österreich zu scheitern. Zugegeben: Es könnte wirklich an Österreich scheitern und irgendwie muss Österreich aus seiner jetzigen unhaltbaren Situation heraus. Aber auch die Beweggründe der EU-Staaten sind keineswegs über jeden moralischen Zweifel erhaben, denn auch die westeuropäischen Grundwerte sind durchsetzt von dem chronischen, konstitutiven Rassismus der paneuropäischen Welt. Zum besseren Verständnis dieser Tatsache sowie des Versagens der Sozialwissenschaften bei deren Aufdeckung müssen wir uns dem modernen Weltsystem seit 1492 zuwenden.

Als die Europäer in Amerika landeten und behaupteten, es zu erobern, begegneten sie eingeborenen Völkern, die ihnen äußerst fremd erschienen. Manche waren in recht einfachen Jäger- und Sammlergesellschaften organisiert, andere in hoch entwickelten, hoch komplexen Weltreichen. Aber in beiden Fällen hatten diese Völker weder die Waffen noch das Immunsystem, um erfolgreich Widerstand leisten zu können. In der Folge mussten die Europäer entscheiden, wie sie diese Völker behandeln wollten. Unter den Europäern gab es solche, die die enormen Ländereien, die sie (oft zum ersten Mal) erworben hatten, so schnell wie möglich ausbeuten wollten und daher bereit waren, eingeborene Arbeiter zu versklaven und zu verbrauchen. Das rechtfertigten sie damit, dass die eingeborenen Völker Barbaren seien, die nichts anderes als harte Knechtschaft verdienten.

Aber es gab auch Missionare, die über die unmenschliche Behandlung dieser eingeborenen Völker durch die europäischen *conquistadores* entsetzt, sowie felsenfest davon überzeugt waren, dass man ihre Seelen retten und für die christliche Erlösung gewinnen könne und müsse. Einer von ihnen war Bartolomé de las Casas, dessen leidenschaftliches und militantes Engagement in einem berühmten, ja klassischen Streitgespräch über die Natur des »Anderen« im Jahr 1550 seinen Höhepunkt fand. Schon 1547 hatte er für Kaiser Karl V. einen kurzen Bericht über die Gräueltaten geschrieben, die sich in Amerika zutrugen. So lautet seine Zusammenfassung der Geschehnisse:

»Die einzige und wahre Grundursache, warum die Christen eine so ungeheure Menge schuldloser Menschen ermordeten und zugrunde richteten, war bloß diese, dass sie ihr Gold in ihre Gewalt zu bekommen suchten. Sie wünschten nämlich, in wenigen Tagen sich mit ihren Schätzen zu bereichern, und sodann sich ungleich höher empor zu schwingen, als es ihr Stand und ihre Verhältnisse erlaubten. ... [S]ie achteten und schonten [diese Menschen, die so demütig, so geduldig und so leicht zu unterjochen waren] ... nicht etwa bloß wie ihr Vieh – wollte Gott, sie hätten sie nicht grausamer als ihr Vieh behandelt! – sondern sie achteten sie nicht höher, ja noch weit geringer, als den Kot auf den Straßen.«<sup>4</sup>

Las Casas führte tatsächlich einen leidenschaftlichen Kreuzzug für die Rechte dieser Völker. Bemerkenswerterweise war er der erste Bischof von Chiapas, der heutigen Heimat der Neo-Zapatisten, wo es noch immer für dieselbe Sache zu kämpfen gilt wie vor beinahe 500 Jahren: für das Recht der eingeborenen Völker auf ihre Menschenwürde und auf ihr Land, denn diesen Völkern geht es heute kaum besser als zur Zeit von Las Casas. Gemeinsam mit anderen spanischen neoscholastischen Theologen, Philosophen und Rechtsgelehrten wird Las Casas daher bisweilen als Vorgänger von Grotius und von den »wahren Begründern der modernen Menschenrechte«<sup>5</sup> bezeichnet.

Der Kaiser war zunächst von Las Casas Argumenten angetan und ernannte ihn zum Beschützer der »Indianer«. Dann aber kamen ihm Bedenken und 1550 berief er in Valladolid ein Sondergericht ein, vor dem Las Casas mit Juan Ginás de Sepúl-

velda, einem anderen Ratgeber Karls, über die Frage debattieren sollte. Sepúlveda, ein überzeugter Gegner von Las Casas, nannte vier Argumente zur Rechtfertigung der von Las Casas kritisierten Behandlung der »Indianer«: Sie seien Barbaren, weshalb ihre Unterwerfung durch zivilisiertere Völker natürlich sei. Sie seien Götzen-diener und praktizierten Menschenopfer, weshalb ein Einschreiten zur Verhinderung von Verbrechen gegen das Naturrecht gerechtfertigt sei. So ein Einschreiten sei auch durch die Rettung unschuldiger Menschenleben gerechtfertigt. Schließlich würde dadurch auch die Bekehrung zum christlichen Glauben erleichtert. Diese Argumente klingen unglaublich modern. Man braucht nur den Ausdruck ›Christentum‹ durch ›Demokratie‹ zu ersetzen.

Gegen diese Argumente führte Las Casas Folgendes an: Kein Volk dürfe jemals auf Grund seiner angeblichen kulturellen Unterlegenheit gezwungen werden, sich einem anderen Volk zu unterwerfen. Man könne ein Volk nicht für Verbrechen bestrafen, deren verbrecherischer Natur es sich nicht bewusst ist. Die Rettung Unschuldiger sei moralisch nur zu rechtfertigen, wenn man dadurch nicht Anderen noch größeres Leid zufüge. Und das Christentum könne man nicht durch das Schwert verbreiten. Auch diese Argumente hören sich verblüffend modern an.

Manche meinen daher, Las Casas sei als letzter Vertreter der *Comuneros* anzusehen, dieser viel zu wenig erforschten, großen sozialen Protestbewegung in Spanien im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts, einer Bewegung, die sowohl demokratisch als auch kommunitaristisch war. Las Casas' Argumente schienen letzten Endes die Fundamente des spanischen Kaiserreichs in Frage zu stellen, was wahrscheinlich der Grund dafür ist, dass Karl V. ihm seine ursprüngliche Unterstützung entzog.<sup>6</sup> In seiner Erörterung des Begriffs ›Barbar‹ hatte Las Casas sogar betont, dass »jeder im Stande ist, einen Barbaren zu finden, den er beherrschen kann«, womit er die Spanier an ihre eigene Behandlung durch die Römer erinnerte.<sup>7</sup> Andere hingegen sehen in Las Casas lediglich den Theoretiker des »guten« Kolonialismus, einen Reformier, der »bis an sein Lebensende unablässig Alternativen zu den problematischen Aspekten des auf der *encomienda* beruhenden Kolonialsystems entwickelte«.<sup>8</sup>

Das Faszinierende an der großen Disputation vor der *Junta de Valladolid* ist, dass niemand genau weiß, wie dieses Gericht eigentlich entschied. In gewisser Weise ist das sinnbildlich für das moderne Weltsystem: Haben wir uns jemals entschieden? Können wir uns überhaupt entscheiden? War Las Casas, der Antirassist, der Verteidiger der Unterdrückten, auch derjenige, der einen »guten« Kolonialismus etablieren wollte? Soll man, ja darf man jemals mit dem Schwert missionieren? Noch nie haben wir auf diese Fragen Antworten erhalten, die so schlüssig und politisch so überzeugend wären, dass sich jede Diskussion erübrigen würde. Vielleicht gibt es solche Antworten auch gar nicht.

In der Zeit nach Las Casas wurde eine kapitalistische Weltwirtschaft errichtet, die sich in der Folge über den ganzen Erdball ausbreitete und deren hierarchische Struktur schon immer mit rassistischen Argumenten gerechtfertigt wurde. Zugegebenermaßen gab es immer eine gewisse Anzahl an Leuten, die versuchten, die

schlimmsten Seiten dieses Rassismus zu entschärfen, und zugegebenermaßen hatten sie auch immer wieder einen gewissen Erfolg. Aber es gab auch schon immer grausame Massaker, Endlösungen vor der Endlösung, wenn sie auch nicht so bürokratisch, systematisch und effizient geplant und bestimmt nicht so offenkundig waren.

Aber dann, werden Sie jetzt sagen, dann kamen die Französische Revolution und die *Déclaration des Droits de l'Homme*. Ja schon, aber eigentlich doch nicht! Zwar stimmt es, dass die Französische Revolution gegen Hierarchien, Privilegien und Unterdrückung protestierte und sich auf den Grundwert der Egalität berief. Symbolischer Ausdruck dieses Protests war die Ablehnung der Anrede *Monsieur* und ihr Ersatz durch *Citoyen*. Genau das ist aber der Haken an der Sache. Der Begriff ›Bürger‹ war nämlich einschließend gemeint. Alle Bürger/innen sollten bei ihrer Regierung mitzureden haben, und nicht bloß eine Handvoll Adelige. Der Haken ist nun dieser: Wenn alle Angehörigen einer Gruppe dabei sein sollen, dann muss zuerst jemand bestimmen, wer überhaupt zu dieser Gruppe gehört, – und daraus ergibt sich zwangsläufig, dass manche eben nicht dazugehören.

Der Begriff ›Bürger‹ wirkt zwangsläufig sowohl einschließend als auch ausschließend, und beide Stoßrichtungen waren in den zwei Jahrhunderten seit der Französischen Revolution gleich wichtig. Als der in Wien wohlbekannte Karl Lueger 1883 sagte: »Wir sind Menschen, christliche Österreicher«,<sup>9</sup> nahm er eine Eingrenzung des Bürgerbegriffs vor, die bei den Wiener Wählern offenbar gut ankam, wenn auch nicht beim Kaiser. Lueger war nicht bereit, die »Judeo-Magyaren«<sup>10</sup> mit einzu beziehen, die für ihn genau so fremd waren wie die ebenfalls von ihm angeprangerten ausländischen Kapitalisten. War das nun »Protofaschismus«, wie viele meinen, oder lediglich »kalkulierter Extremismus«, wie John Boyer gern behauptet?<sup>11</sup> Heute stellen manche dieselbe Frage im Zusammenhang mit Jörg Haider. Aber welchen Unterschied macht die Antwort schon? Politisch läuft doch beides praktisch auf dasselbe hinaus.

Genau zu dem Zeitpunkt, als die Französische Revolution uns das Minenfeld des Bürgerbegriffs hinterließ, befand sich die Welt des Wissens in einem tiefgreifenden Umbruch. Dieser Umbruch folgte auf die Säkularisierung des Wissens, die durch die Loslösung der Philosophie von der Theologie gelungen war – ein Prozess, der mehrere Jahrhunderte gedauert hatte. Aber nun sollte es um noch mehr gehen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden zwei Begriffe als ontologische Gegensätze definiert, die bis dahin, wenn schon nicht gleichbedeutend, so doch weitgehend deckungsgleich gewesen waren: (Natur-)Wissenschaft und Philosophie. Diese Zweigleisigkeit der Kulturen, die so kennzeichnend für die Strukturen des Wissens im modernen Weltssystem ist, war als definitive Aufspaltung des Wissens akzeptiert worden. Und mit dieser Aufspaltung kam es zur intellektuellen und institutionellen Trennung der Suche nach der Wahrheit (dem Bereich der Naturwissenschaften) einerseits von der Suche nach dem Guten und Schönen (dem Bereich der Philosophie oder der Geisteswissenschaften) andererseits. Und dieser fundamentale Bruch erklärt auch den Verlauf, den die Entstehung der Sozialwissenschaften in der

Folge nahm, sowie deren Unfähigkeit, den konstitutiven Rassismus der kapitalistischen Weltwirtschaft anzusprechen.

Das große kulturelle Vermächtnis der Französischen Revolution bestand zum einen in der Vorstellung, dass politische Veränderung normal ist, und zum anderen in der Vorstellung, dass der Souverän weder der Herrscher noch eine Gruppe von Honoratioren, sondern das Volk ist.<sup>12</sup> Letzteres war einfach ein Ausdruck der Logik des Bürgerbegriffs. Beide Ideen waren sehr radikal und von extremer Tragweite, und weder der Sturz des Jakobiner-Regimes noch das Ende der darauf folgenden napoleonischen Herrschaft konnten verhindern, dass sie das Weltsystem durchdrangen und weite Verbreitung fanden. Die Mächtigen waren gezwungen, sich mit dieser neuen geo-kulturellen Realität auseinanderzusetzen. Wenn politische Veränderung nun die Norm sein sollte, dann mussten sie verstehen, wie dieser Prozess funktioniert, um ihn besser kontrollieren zu können. Das gab den entscheidenden Ausschlag zur institutionellen Konstituierung der Sozialwissenschaften, jenes Wissenschaftszweiges, der von sich behauptet, gesellschaftliche Vorgänge, gesellschaftlichen Wandel und gesellschaftliche Strukturen erklären zu können.

Eine Analyse der institutionellen Geschichte der Sozialwissenschaften würde den Rahmen dieser Vorlesung sprengen. Eine prägnante Darstellung bietet der Bericht *Die Sozialwissenschaften öffnen*,<sup>13</sup> den eine internationale Kommission unter meinem Vorsitz erarbeitet hat. Ich möchte nur zwei Aspekte herausgreifen: die Stellung der Sozialwissenschaften zwischen den beiden Wissenschaftskulturen und ihre Rolle bei der Erklärung des Rassismus.

Zwei Wissenschafts-Kulturen zogen eine Trennlinie zwischen den Wissensgebieten, die uns heute selbstverständlich erscheint, obwohl das im 17. Jahrhundert oder früher niemand so gesehen hätte: Die Naturwissenschaften eigneten sich die Welt der Natur an und erklärten sie zu ihrer alleinigen Domäne. Und die Geisteswissenschaften nahmen sich die Welt des Geistes, des Kulturschaffens und der intellektuellen Spekulation und erklärten diese zu ihrer alleinigen Domäne. Um die Domäne der sozialen Realitäten aber brach ein Streit zwischen den beiden Wissenschaftskulturen aus, denn beide erhoben Anspruch darauf. Und so kam es, dass dieser erkenntnistheoretische Disput, dieser Methodenstreit die Sozialwissenschaften spaltete, als man daran ging, sie in den wieder erwachenden Universitäten des 19. Jahrhunderts institutionell zu verankern. Die Sozialwissenschaften fanden sich dabei in gegnerischen Lagern wieder: Einige Disziplinen, wie man sie nun nannte, tendierten zumindest am Anfang stark zum idiographischen, humanistischen Lager (die Geschichte, die Anthropologie und die Orientalistik), andere tendierten stark zum nomothetischen, szientistischen Lager (die Ökonomie, die Soziologie und die Politikwissenschaft). Für unsere Fragestellung bedeutet das, dass sich die Sozialwissenschaften zutiefst uneinig darüber waren, ob sie sich nur mit der Suche nach dem Wahren oder auch mit der Suche nach dem Guten zu beschäftigen hätten. Diese Frage haben sie bis heute nicht gelöst.

Was nun die Frage des Rassismus betrifft, fällt besonders auf, dass sich die So-

zialwissenschaften dieser Frage während des ganzen 19. Jahrhunderts, und auch bis 1945, nicht direkt stellten. Und ihre indirekte Beschäftigung damit war jämmerlich. Beginnen wir mit der Geschichte, der einzigen der heutigen Sozialwissenschaften, die es namentlich und als Begriff schon lange vor dem 19. Jahrhundert gab. Im 19. Jahrhundert erlebte die Geschichte eine so genannte wissenschaftliche Revolution, deren Hauptfigur Leopold von Ranke war. Ranke bestand darauf, dass die Historiker die Geschichte so aufzuschreiben hätten, »wie sie eigentlich gewesen ist«. Das hieß, dass Vergangenes in erster Linie anhand von Unterlagen aus eben jener Vergangenheit zu rekonstruieren sei, die man studieren wollte. Also auf in die Archive, diese Horte der schriftlichen Dokumentation des Vergangenen, jener Quellen also, die es kritisch zu analysieren galt.

Ich möchte hier nicht auf die später gegen diesen Zugang erhobene Kritik eingehen, der zufolge eine Geschichtsforschung anhand von Schriften aus dem Umfeld der Herrschenden und der staatlichen Institutionen fast ausschließlich auf die Geschichte der Politik und der Diplomatie beschränkt bleiben muss. Auch möchte ich nicht darauf eingehen, dass dieses Beharren auf den Archiven als den wichtigsten Datenlieferanten die Geschichte ausschließlich in die Vergangenheit verwies, in eine Vergangenheit, deren zeitliche Dimensionen vom Grad der Bereitschaft der Staaten abhingen, den Wissenschaftlern ihre Archive zu öffnen. Ich möchte mich auf einen einzigen Aspekt der Geschichtswissenschaft beschränken, wie sie zumindest vor 1945 praktiziert wurde. Die Geschichte war ausschließlich die Geschichte der so genannten historischen Nationen. Angesichts der Methoden, die sie verwendete, musste das auch so sein.

In der Österreichisch-Ungarischen Monarchie wie auch anderswo war der Begriff der historischen Nation nicht nur ein wissenschaftliches Instrument, sondern auch eine politische Waffe. Wer oder was die historischen Nationen sind, liegt auf der Hand: Es sind die Nationen, die so mächtige moderne Staaten bilden, dass sie eine entsprechende Geschichtsschreibung erzwingen und erkaufen können. Noch 1960 verstieg sich H. R. Trevor-Roper zu der ungeheuerlichen Behauptung, Afrika habe keine Geschichte. Aber man könnte natürlich auch fragen, wieviele Lehrveranstaltungen zur slowenischen Geschichte im 19. Jahrhundert an der Universität Wien angeboten wurden. Und wieviele sind es eigentlich heute? Schon allein der Ausdruck »historische Nation« verleiht dem Wesen der Geschichte eine rassistische Dimension. Es ist kein Zufall, dass die weltweite Geschichtsschreibung vor 1945 zu 95 Prozent aus der Geschichte von fünf historischen Staaten bzw. Schauplätzen besteht, nämlich aus der Geschichte Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, der deutschen Staaten (dieser Ausdruck ist mit Bedacht gewählt) und der italienischen Staaten. Die restlichen 5 Prozent gelten zum überwiegenden Teil einigen weniger mächtigen europäischen Staaten, wie zum Beispiel den Niederlanden, Schweden oder Spanien. Und ein geringer Prozentsatz beschäftigt sich auch mit dem europäischen Mittelalter und den mutmaßlichen Ursprüngen des modernen Europa, dem Alten Griechenland und dem Alten Rom. Aber kein Wort über das

Alte Persien oder auch nur das Alte Ägypten. Konnten die Historiker, die die Geschichte der deutschen Staaten konstruierten, irgendeinen brauchbaren Beitrag zur Erhellung der Debatte leisten, die Karl Lueger und andere im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Wien vom Zaun gebrochen hatten? Wohl kaum.

Waren die anderen Sozialwissenschaften besser? Die Wirtschaftswissenschaftler waren damit beschäftigt, Theorien über den *homo economicus* zu entwickeln. Nach Adam Smiths berühmten Worten trachten alle Menschen danach, »zu handeln und Dinge gegeneinander auszutauschen«. <sup>14</sup> Ja, es war der ganze Sinn seines Buches *Der Wohlstand der Nationen*, uns (und die britische Regierung) davon zu überzeugen, dass man doch aufhören möge, die Menschen in dieser natürlichen Neigung zu behindern. Als Ricardo, ausgehend vom Modell der komparativen Vorteile, seine Theorie des Welthandels entwickelte, verwendete er zur Veranschaulichung ein ebenfalls berühmt gewordenes hypothetisches Beispiel, in das er die Namen England und Portugal einsetzte. Allerdings verschwieg er, dass dieses Beispiel auf einem historischen Ereignis beruhte, und er verschwieg auch, wie weit das mächtige Großbritannien dem schwächeren Portugal diesen so genannten komparativen Vorteil aufgezwungen hatte. <sup>15</sup>

Aber es gab durchaus auch Historiker, die absolut nicht der Meinung waren, dass die Entwicklungen der jüngeren englischen Geschichte Beispiele für allgemein gültige Gesetzmäßigkeiten seien. Gustav von Schmoller führte eine ganze Bewegung an, die unter dem Titel der »Staatswissenschaften« versuchte, der ökonomischen Analyse eine historische Dimension zu verleihen. <sup>16</sup> Den Angriff auf diese »Irrlehre« führte ein Wiener Wirtschaftswissenschaftler, Karl Menger, an, und er brachte sie schließlich auch zu Fall, obwohl sie zuvor im preußischen Universitätssystem fest verankert gewesen war. Eine noch durchschlagendere Kritik der klassischen Ökonomie als die von Schmoller fand sich in Karl Polanyis Buch *The Great Transformation*, <sup>17</sup> das er in England schrieb, nachdem er Wien 1936 verlassen hatte. Aber die Ökonomen lesen Polanyi nicht. Die Ökonomen meiden die politische Ökonomie überhaupt, wo sie nur können. Der wichtigste Versuch einer Auseinandersetzung mit dem Rassismus durch einen Ökonomen des Mainstream behandelt diesen als marktbestimmte Entscheidung. <sup>18</sup>

Da die Ökonomen des Mainstream für jegliche Analyse außerhalb der Parameter der *ceteris-paribus*-Bedingung nichts als Verachtung übrig haben, ist auch ganz klar, dass jegliches wirtschaftliche Handeln, das nicht den Regeln des Marktes (wie sie die Ökonomen definieren) folgt, auch nicht der Analyse würdig, geschweige denn als alternative wirtschaftliche Handlungsmöglichkeit ernst zu nehmen ist. Die scheinbare politische Unschuld, die aus diesen Annahmen folgt, macht eine Analyse der wirtschaftlichen Ursachen oder Folgen rassistischer Bewegungen unmöglich. Sie verbannt dieses Thema aus dem Zuständigkeitsbereich der Wissenschaft. Schlimmer noch: Sie legt den Schluss nahe, dass ein Gutteil politischen Handelns, das als rassistisch motiviert oder als Widerstand gegen den Rassismus analysierbar ist, aus ökonomischer Sicht als irrational einzustufen ist.

Auch die Politikwissenschaft hat uns keine viel besseren Dienste erwiesen. Aufgrund ihrer traditionellen Verbindung mit den juristischen Fakultäten konzentrierte sie sich schon früh auf Verfassungsfragen, womit auch die Analyse des Rassismus zu einer formaljuristischen Frage wurde. Der südafrikanische Apartheid-Staat war rassistisch, weil er die Rassendiskriminierung formell in seinem Rechtssystem festgeschrieben hatte. Frankreich war nicht rassistisch, weil es eine solche formelle Diskriminierung dort nicht gab, jedenfalls nicht in Frankreich selbst. Neben der Verfassungsanalyse entwickelten die Politikwissenschaftler vor 1945 etwas, das sie vergleichende Politikwissenschaft nannten. Aber was wurde denn da verglichen? Es waren unsere Freunde, die fünf wichtigsten paneuropäischen Staaten – Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Italien – und deren politische Systeme. Niemand sonst war der Analyse würdig, denn niemand sonst war wirklich zivilisiert, leider nicht einmal dieses sonderbare Wesen, die Österreichisch-Ungarische Monarchie.

Nun gut, aber zumindest die Soziologie, die ja immer schon den Ruf hatte, die Keimzelle des politischen Radikalismus an den Universitäten zu sein, zumindest sie machte es besser! – Weit gefehlt! Die Soziologen waren die Schlimmsten von allen. Vor 1945 gab es zwei Arten von Soziologen. Vor allem in den USA gab es solche, die die Vorstellung von der Überlegenheit der weißen Rasse ausdrücklich rechtfertigten. Und dann gab es auch noch solche, die aus der Sozialarbeit oder aus einem kirchlichen Umfeld kamen und die Unterprivilegierten in den großen städtischen Ballungsräumen zu beschreiben und deren »Devianz« zu erklären suchten. Diese Beschreibungen waren gut gemeint, wenn auch gönnerhaft. Die Annahme, das untersuchte Verhalten sei abweichend und gemäß den Normen des Mittelstandes zu korrigieren, blieb allerdings unbestritten. Und da sich die Unterschicht – nicht nur in den Vereinigten Staaten – in den meisten Fällen in ihrer ethnischen Zusammensetzung von der Mittelschicht unterschied, ist der rassistische Unterbau dieser soziologischen Richtung eindeutig, auch wenn sich ihre Vertreter dessen nicht bewusst waren.

Und was am schlimmsten ist: Alle vier Hauptdisziplinen – die Geschichte, die Ökonomie, die Politikwissenschaft und die Soziologie – analysierten nur die paneuropäische Welt, diese vermeintliche Welt der Modernität und der Zivilisation. Sie setzten die Hierarchien des modernen Weltsystems schon in ihren Grundlagen voraus. Die Analyse der außereuropäischen Welt überließ man eigenen Disziplinen: Die Anthropologie war für die barbarischen »geschichtslosen Völker« zuständig und die Orientalistik für die nicht-westlichen »Hochkulturen«, die allerdings ohne europäische Einmischung und ohne europäische Umgestaltung ihrer sozialen Dynamik nicht im Stande waren, den Zustand der Modernität zu erlangen. Die Völkerkunde verneinte ausdrücklich, dass ihre »Stämme« eine Geschichte hätten: Sie seien unveränderlich, jedenfalls bis zum Zeitpunkt des »Kulturkontakts«. Und die Orientalistik betrachtete die Geschichte »ihrer« Hochkulturen überhaupt als »eingefroren«.

Die außereuropäische Welt stand für »Tradition«, die paneuropäische Welt stand für Modernität, Entwicklung und Fortschritt – der Westen gegen den Rest der Welt. Es ist bemerkenswert, dass die Sozialwissenschaften allein zur Beschreibung der gegenwärtigen Gesetzmäßigkeiten der modernen Welt nicht nur eine, sondern gleich drei Disziplinen hervorgebracht haben: die Ökonomie, die Politikwissenschaft und die Soziologie. Zur Beschreibung der außereuropäischen Welt war nicht nur die Geschichte entbehrlich, sondern es bestand auch kein Bedarf nach dem dreifachen Zugang, den das Studium der paneuropäischen Welt anscheinend erfordert. Das lag daran, dass auch die »Ausdifferenzierung« der verschiedenen Orte gesellschaftlichen Handelns – Markt, Staat und Zivilgesellschaft – als moderne Errungenschaft, ja sogar als zentrales Wesensmerkmal der Modernität angesehen wurde. Aufgrund der Trennung von Naturwissenschaft und Philosophie gab es niemanden, der die Sozialwissenschaftler darauf hingewiesen hätte, dass es sich dabei lediglich um eine Annahme der liberalen Ideologie und nicht um eine nachvollziehbare Darstellung gesellschaftlicher Realität handelte. Kein Wunder, dass die Sozialwissenschaften nichts zur Erklärung des Nationalsozialismus beitragen konnten. Und auch nach 1945 sind sie trotz einiger Kurskorrekturen keine große Hilfe dabei, Phänomene wie Haider zu verstehen. Und vor allem haben sie keine Erklärung für Phänomene wie den Widerstand, es sei denn als eine weitere deviante Verhaltensform, mit der man allenfalls, wenn auch etwas von oben herab, sympathisieren könne.

Die Sozialwissenschaftler waren so sehr damit beschäftigt, die Schlachten um die Geburt des modernen Weltsystems zu schlagen, dass sie sich an den Schlachten des fertigen Weltsystems nicht mehr beteiligen konnten. Das Streben nach der Unabhängigkeit der Wissenschaft war der Kampf gegen die Kirche und in weiterer Folge gegen den Staat, die sich beide der Wissenschaft bemächtigen wollten. Als Max Weber von der »Entzauberung der Welt« sprach, bediente er sich einer geradezu theologischen Sprache, obwohl er dabei eigentlich über den preußischen Nationalismus herzog. Erst angesichts der schrecklichen Zerstörung bürgerlicher Werte durch den Ersten Weltkrieg sollte sich Weber in seiner berühmten Rede über die »Wissenschaft als Beruf«, die er vor den Studenten der Universität München hielt, wieder darauf besinnen, dass sich die Sozialwissenschaften nicht von der bleibenden Verzauberung der Welt abwenden können:

»Nicht das Blühen des Sommers liegt vor uns, sondern zunächst eine Polarnacht von eisiger Finsternis und Härte, mag äußerlich jetzt siegen welche Gruppe auch immer. Denn: wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch der Proletarier sein Recht verloren. Wenn diese Nacht langsam weichen wird, wer wird dann von denen noch leben, deren Lenz jetzt scheinbar so üppig geblüht hat?«<sup>19</sup>

Der Wahlerfolg der FPÖ und die scharfe Reaktion der EU-Staaten haben Signalcharakter, aber sie sind nicht die ersten Anzeichen der gegenwärtigen Krise. Der Stimmungsumschwung von einer optimistischen Grundhaltung hin zu einer allgemein pessimistischen Sicht der Zukunft hat den reichen Teil der Welt erreicht. In Österreich wie auch in Westeuropa und den Vereinigten Staaten ist das Vertrauen in die zentristisch-rationale Reformpolitik der kleinen Schritte einer allgemeinen Skepsis gegenüber den Versprechungen der etablierten politischen Kräfte gewichen, ob sie sich nun zur rechten oder zur linken Mitte zählen. Der von der liberalen Ideologie des 19. Jahrhunderts geprägte Konsens der Mitte ist nicht mehr. Er wurde 1968 grundsätzlich in Frage gestellt und 1989 zu Grabe getragen.

Das Weltsystem, dem wir angehören, ist in eine lange, chaotische Phase der Veränderung eingetreten, deren Ausgang natürlich nicht vorhersehbar ist. Allerdings können wir diesen Ausgang sehr wohl beeinflussen. Das ist die Botschaft der *Sciences of Complexity*.<sup>20</sup> Diese Botschaft sollten auch die Sozialwissenschaften heute vermitteln.<sup>21</sup> In diesem Kontext müssen wir Jörg Haider und den Widerstand sehen. Die Mächtigen und Privilegierten werden nicht untätig zusehen, wie das derzeitige Weltsystem zusammenbricht, weil seine strukturellen Anpassungsmöglichkeiten ausgereizt sind. Sie werden sich organisieren, um es durch ein neues zu ersetzen, das genau so hierarchisch und genau so wenig egalitär, wenn auch von anderen Prinzipien geleitet sein wird. Für diese Leute ist Jörg Haider ein gefährlicher Demagoge. Er versteht so wenig von den Gegebenheiten der heutigen Zeit, dass ihm nicht einmal klar ist, dass Österreich zur Erhaltung seines derzeitigen Lebensstandards, ja zur bloßen Sicherung der Pensionen seiner alternden Bevölkerung, seine jährlichen Zuwanderungsquoten über die nächsten 25 bis 50 Jahre verdoppeln, verdreifachen oder vervierfachen müsste.<sup>22</sup> Dass diese Demagogie die Gefahr verheerender Bürgerkriege in der paneuropäischen Welt noch weiter verschärft, liegt auf der Hand. Bosnien und Ruanda werfen ihre Schatten. Die Regierungen der EU-Staaten und auch Bundespräsident Klestil haben das erkannt, die Führung der ÖVP aber offenbar nicht.

Unterdessen hat sich der Widerstand formiert. Inmitten der strukturellen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft versammelt er Kräfte der Veränderung, die sich von der FPÖ, aber auch von der politischen Führung der EU unterscheiden. Aber hat der Widerstand eine klare Vorstellung von seinen Zielen? Die scheint doch etwas unscharf zu sein. Hier hätten die Sozialwissenschaften eine Funktion, aber nur wenn sie nicht bereit sind, die Suche nach dem Wahren von der Suche nach dem Guten zu trennen, nur wenn sie die Spaltung der Wissenschaftskulturen überwinden können, nur wenn sie im Stande sind, sich ganz zur Permanenz der Unsicherheit zu bekennen und die Möglichkeiten auszuschöpfen, die diese Unsicherheit für die menschliche Kreativität und für eine neue materielle Rationalität (im Sinne Max Webers) bietet.

Denn wir brauchen dringend Wege zu einem Weltsystem mit mehr materieller Rationalität, das an die Stelle des verrückten, absterbenden Systems treten kann, in dem wir leben. Wir müssen dringend die Wurzeln der rassistischen Privilegien aufdecken, von denen unser derzeitiges System durchsetzt ist, und dabei alle seine Institutionen erfassen, auch die Strukturen des Wissens, ja sogar die Kräfte des Widerstands. Wir leben inmitten rascher Veränderung. Ist denn das so schlecht? Die kommenden Jahrzehnte werden viel Unruhe und viel Veränderung bringen. Und auch Wien wird anders werden. Aber es gab immer schon mehr Veränderung, als uns bewusst war, und sie ging immer schon schneller vor sich, als wir für möglich hielten. Auch mit ihrem Vergangenheitsverständnis haben uns die Sozialwissenschaften im Stich gelassen: Sie haben ein falsches Bild von einer vergangenen Welt gezeichnet, in der alles ganz, ganz langsam ging. So eine Welt hat es nie gegeben. Es gibt sie auch heute nicht, weder in Österreich noch sonst wo. Inmitten der großen Verunsicherung über die Richtung, in die wir steuern, müssen wir versuchen, das Gute und das Schöne in unserer Vergangenheit aufzufinden und diese Visionen zu Bausteinen unserer Zukunft zu machen. Wir müssen eine lebenswertere Welt schaffen. Wir müssen unsere Phantasie einsetzen. Und vielleicht können wir so beginnen, die Rassismen tief in unserem Inneren auszumerzen.

1968, während der großen Studentenrevolte in Frankreich, machte ihr Anführer, Daniel Cohn-Bendit, den taktischen Fehler einer kurzen Reise nach Deutschland. Da er nicht französischer, sondern deutscher Staatsbürger war, konnte ihn die Regierung de Gaulles an der Rückreise nach Frankreich hindern, was sie auch tat. Die Parole der Studenten, die aus Protest dagegen in Paris auf die Straße gingen, war: »Wir sind alle deutsche Juden. Wir sind alle Palästinenser.« Die Parole ist gut, die können wir alle ruhig verwenden. Aber wir sollten auch die Demut haben hinzuzufügen: »Wir sind alle Jörg Haider.« Wenn wir die Haider dieser Welt bekämpfen wollen, und das müssen wir, dann müssen wir bei uns selbst beginnen. Dafür möchte ich ein kleines, aber aufschlussreiches Beispiel bringen. Nach der Bildung der neuen Bundesregierung berief Israel berechtigterweise seinen Botschafter aus Österreich unter Protest ab. Aber nur etwa einen Monat später brachte die israelische Knesset Ministerpräsident Barak in große Schwierigkeiten, indem sie einen Antrag annahm, dem zufolge ein Referendum über einen israelischen Rückzug von den Golanhöhen einer »besonderen Mehrheit« bedürfen soll. Hinter diesem Ausdruck verbirgt sich eine Bestimmung, die der arabischen Bevölkerung Israels in dieser Sache praktisch das Stimmrecht entzieht. Unter den wichtigsten Proponenten dieses Antrags waren Natan Scharansky und seine Partei russischer Auswanderer – derselbe Natan Scharansky, der als bekannter Dissident gegen den de-facto-Antisemitismus der sowjetischen Politik protestiert hatte. Der Kampf gegen den Rassismus ist unteilbar. Es kann keine anderen Spielregeln für Österreich, Israel, die Sowjetunion oder die Vereinigten Staaten geben.

Um unseren Hals hängt der Albatros. Er »raubt uns das Heil«. Widerstand ist eine moralische Pflicht. Man kann ihn ohne Analyse nicht sinnvoll und zielführend

betreiben, und es ist die moralische und intellektuelle Pflicht der Geisteswissenschaften, uns bei dieser Analyse zu unterstützen. Aber so wie wir alle unsere ganze Kraft brauchen werden, um den Rassismus in uns selbst auszumerzen, so wird auch für uns Sozialwissenschaftler/innen eine enorme Anstrengung nötig sein, um diese Art von Sozialwissenschaft, die uns so lähmt, fallen zu lassen und an ihrer Stelle eine brauchbarere zu schaffen. Ich möchte noch einmal auf den ursprünglichen Titel meines Vortrags, »Die Sozialwissenschaften in Zeiten des Wandels«, zurückkommen: In Zeiten wie diesen können wir alle enormen Einfluss auf die Geschehnisse nehmen. In Zeiten struktureller Richtungsentscheidung sind die Schwankungen extrem und man kann schon mit wenig Druck viel bewegen – im Gegensatz zu normaleren, stabileren Zeiten, wo man auch mit viel Druck nur wenig bewegen kann. Für uns ist das eine Chance, aber es setzt uns auch unter Druck. Wenn die Welt am Ende des Wandlungsprozesses nicht deutlich besser ist als jetzt, und das kann durchaus passieren, dann haben wir das nur uns selbst zuzuschreiben. »Wir«, das sind die Kräfte des Widerstands, das sind die Sozialwissenschaftler/innen, das sind alle normalen, anständigen Leute.

*(Aus dem Amerikanischen von Claudia Mazanek,  
überarbeitet von Erich Landsteiner)*

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Anm. der Redaktion: Beim folgenden Text handelt es sich um die deutsche Übersetzung des Vortrags, den Immanuel Wallerstein auf Einladung des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am 9. März 2000 im Rahmen der vom Bundesministerium für Wissenschaft, Unterricht und Kunst veranstalteten und in der Folge rasch abgebrochenen Reihe »Von der Notwendigkeit des Überflüssigen – Sozialwissenschaft und Gesellschaft« an der Universität Wien gehalten hat. In der »bleiernen Zeit« des Februar/März 2000 war der Entschluss Wallersteins, trotz allem der Einladung zu folgen und in seinem Vortrag auf die politische Lage, in der sich Österreich damals befand, zu reagieren, ein wichtiger Beitrag zum Widerstand, der – auch an der Universität Wien – gegen eine Regierungsbeteiligung der FPÖ geleistet wurde. Obwohl inzwischen drei Jahre vergangen sind, war das Ministerium leider bisher nicht in der Lage, den Vortrag zu publizieren. Immanuel Wallerstein hat daher darum gebeten, dass sein Text zur Veröffentlichung in einer österreichischen Zeitschrift freigegeben werden möge. Wir danken dem Bundesministerium für Wissenschaft, Unterricht und Kunst für die Überlassung der deutschen Übersetzung.
- <sup>2</sup> Samuel Taylor Coleridge, *Der alte Seefahrer*, Frankfurt am Main 1993 (Deutsche Übersetzung von Heinz Politzer).
- <sup>3</sup> Die UNESCO gab eine ganze Reihe von Büchern zu diesem Thema heraus.
- <sup>4</sup> Bartolomé de las Casas, *Kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der westindischen Länder [1547]*, Frankfurt am Main 1990, 13.
- <sup>5</sup> Angel Losada, *Ponencia sobre Fray Bartolomé de las Casas*, in: *Las Casas et la Politique des Droits de l'Homme* (Institut d'Etudes Politiques d'Aix & Instituto de Cultura Hispánica, Aix-en-Provence, 12-13-14 octobre 1974), Gardanne 1976, 22.
- <sup>6</sup> Vgl. Abril Castello, *Bartolomé de las Casas, el último Comunero*, in: *Las Casas et la Politique*,

- wie Anm. 6.
- <sup>7</sup> Henry Mechoulan, A propos de la notion de barbare chez Las Casas, in: Las Casas et la Politique, wie Anm. 5, 179.
- <sup>8</sup> Alain Milhou, Radicalisme chrétien et utopie politique, in: Las Casas et la Politique des Droits de l'Homme, wie Anm. 5, 166.
- <sup>9</sup> Helmut Andics, Ringstraßenwelt, Wien 1867–1887. Luegers Aufstieg, Wien 1983, 271.
- <sup>10</sup> Des Weiteren ließ sich Lueger über die »Judensozi«, den »Judeoliberalismus« und die »Judenfreimaurer« aus.
- <sup>11</sup> John W. Boyer, Political Radicalism in Late Imperial Vienna: Origins of the Christian Social Movement, 1848–1897, Chicago, XII.
- <sup>12</sup> Vgl. dazu Immanuel Wallerstein, Die Französische Revolution als welthistorisches Ereignis, in: ders., Die Sozialwissenschaften »kaputtdenken«, Weinheim 1995, 12–30.
- <sup>13</sup> Immanuel Wallerstein u. a., Die Sozialwissenschaften öffnen: Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften, Frankfurt am Main 1996.
- <sup>14</sup> Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, München 1978, 16.
- <sup>15</sup> Vgl. S. Sideri, Trade and Power: Informal Colonialism in Anglo-Portuguese Relations, Rotterdam 1970.
- <sup>16</sup> Vgl. Ulf Strohmayer, The Displaced, Deferred or was it Abandoned Middle: Another look at the Idiographic-Nomothetic Distinction in the German Social Sciences, in: Review 20, 3/4 (1997) 279–344.
- <sup>17</sup> Karl Polanyi, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main 1978.
- <sup>18</sup> Vgl. Gary S. Becker, The Economics of Discrimination, 2. Auflage, Chicago 1971.
- <sup>19</sup> Max Weber, Wissenschaft als Beruf, in: Max Weber, Gesamtausgabe, Band 17, Tübingen 1992, 251.
- <sup>20</sup> Vgl. insbesondere Ilya Prigogine, La fin des certitudes, Paris 1996.
- <sup>21</sup> Ich habe das in zwei meiner letzten Arbeiten versucht: Immanuel Wallerstein, Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002; Terence K. Hopkins und Immanuel Wallerstein, Hg., The Age of Transition: Trajectory of the World System, 1945–2025, London 1996.
- <sup>22</sup> Vgl. dazu United Nations, Department of Economic and Social Affairs – Population Division, Replacement migration: is it a solution to declining and aging populations, New York 2002. Österreich wird in dem Bericht zwar nicht behandelt, aber in Bezug auf Deutschland wird festgestellt, dass eine jährliche Zuwanderung von 500.000 Personen bis 2050 notwendig wäre, um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf dem Stand von 1995 zu halten.